Datenschutzhinweis

Verweise auf gesetzliche Vorschriften beziehen sich auf die Datenschutz-Grundverordnung (nachfolgend DS-GVO) sowie das Bundesdatenschutzgesetz (nachfolgend BDSG) und das Baden-Württembergische Landesdatenschutzgesetz (nachfolgend LDSG) in der jeweils geltenden Fassung.

Inhalt

1. Allgemeine Informationen 2
   - Kontaktdaten des Verantwortlichen 2
   - Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte*r 3
   - Wie bekommen wir personenbezogene Daten? 4
   - Ihre Betroffenenrechte 5
   - An wen geben wir Ihre personenbezogenen Daten weiter? 8
   - Links auf andere Webseiten 9
   - Änderungen dieses Datenschutzhinweises 10
   - Informationen für Kinder 11
   - Kontakt mit uns aufnehmen 12
   - Besucher unserer Webseite 13
   - Besucher unserer Dienststelle 14
2. Gründe, uns zu kontaktieren 15
   - Eine Beschwerde einreichen 16
   - Eine Anfrage stellen 18
   - Bewerbung auf freie Stellen bei uns 19
   - Pressestelle kontaktieren 20
   - An einer Veranstaltung „Datenschutz als Kulturaufgabe“ teilnehmen 21
   - Abonnieren unseres Newsletters 22
   - Auskunft von uns verlangen 23
3. Als Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter Kontakt mit uns aufnehmen 24
   - Meldung von Datenpannen 25
   - Meldung von Datenschutzbeauftragten 26
   - Kontroll- und Beratungsbesuche 27
   - Datenschutz-Folgenabschätzung zur Konsultation vorlegen 28
   - Binding Corporate Rules zur Genehmigung einreichen 29

1. Allgemeine Informationen

In unserem Datenschutzhinweis erklären wir Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 DS-GVO, wie wir mit Ihren personenbezogenen Daten umgehen, wenn Sie Kontakt mit uns aufnehmen oder einen unserer Services in Anspruch nehmen.

Unser Datenschutzhinweis ist gelayert, also mehrstufig aufgebaut. Der erste Teil besteht aus allgemeinen Informationen, die für jede Verarbeitungssituation gelten. Im zweiten Teil finden sich Ausführungen zu speziellen Verarbeitungsvorgängen.
Wenn Sie also schnell Informationen zu einer bestimmten Verarbeitungssituation erhalten möchten, können Sie diese direkt auswählen. In dem ausgewählten Abschnitt werden Sie dann kontextbezogen erfahren, was wir mit Ihren personenbezogenen Daten tun.

Wir sagen Ihnen:

- warum wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten dürfen,
- zu welchem Zweck wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten,
- ob Sie dazu verpflichtet sind, uns bestimmte Informationen zu geben,
- wie lange wir Ihre personenbezogenen Daten speichern,
- ob es andere Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten gibt,
- ob wir beabsichtigen, Ihre personenbezogenen Daten in ein anderes Land zu übermitteln und
- ob wir automatisierte Entscheidungen oder Profiling nutzen.

Kontaktdaten des Verantwortlichen

Sofern nicht gesondert angegeben ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW) Verantwortlicher für jede Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 4 Nr. 7 DS-GVO).

Es gibt viele Wege mit uns Kontakt aufzunehmen, unter anderem per Telefon, E-Mail oder auch per Briefpost. Weitergehende Informationen, insbesondere unseren öffentlichen PGP-Schlüssel für einen verschlüsselten E-Mail-Versand, können Sie hier abrufen.

Unsere Kontaktdaten:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Hausanschrift: Lautenschlagerstraße 20, D- 70173 Stuttgart
Postanschrift: Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart
Telefonzentrale: +49 711/61 55 41-0
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte*r

Unsere*n behördliche*n Datenschutzbeauftragte*n erreichen Sie unter der E-Mail-Adresse: behoerdlicher-dsb@lfdi.bwl.de oder postalisch über unsere Postanschrift. Bitte kennzeichnen Sie den Umschlag im letzten Fall mit „Datenschutzbeauftragte*r“.

Wie bekommen wir personenbezogene Daten?

Wir verarbeiten größtenteils personenbezogene Daten, die uns direkt von Ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Dies kann aus unterschiedlichen Gründen geschehen:

- Sie haben eine Beschwerde oder Anfrage bei uns eingereicht,
- Sie haben ein Auskunftsersuchen an uns gestellt,
- Sie melden uns die Kontaktdaten Ihrer/Ihres Datenschutzbeauftragten,
- Sie möchten an einer Veranstaltung teilnehmen,
- Sie haben unseren Newsletter abonniert,
- Sie haben sich auf eine offene Stelle in unserem Haus beworben,
- Sie vertreten Ihr Unternehmen.

Wir empfangen personenbezogene Daten jedoch auch indirekt, also von Dritten. Dies kann in den folgenden Situationen geschehen:

- Wir haben Kontakt mit dem Verantwortlichen aufgenommen gegen den sich Ihre Beschwerde richtet. Der Verantwortliche teilt uns im Rahmen seines Antwortschreibens personenbezogene Angaben über Sie mit.
- Ihre personenbezogenen Daten sind in einer Mitteilung über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten („Datenpannenmeldung“, Artikel 33 DS-GVO) enthalten, die uns von einem Verantwortlichen gemeldet wurde.
- Ein Beschwerdeführer verweist im Rahmen des Beschwerdeschriftwechsels auf Sie.
- Wir haben Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen unserer Ermittlungstätigkeiten sichergestellt.
- Wir haben von anderen Aufsichtsbehörden oder Vollzugsbehörden personenbezogene Daten erhalten.
- Einer unserer Mitarbeiter übermittelt Ihre Kontaktdaten als Notfallkontakt oder benennt Sie als direkten Ansprechpartner.

In einigen Fällen fordern wir auch zielgerichtet personenbezogene Daten von Ihnen an, z.B. um festzustellen, ob Sie die gesetzlichen Vorgaben einhalten. Dies kann anlassbezogen oder anlassunabhängig im Rahmen unserer Aufsichts- und Kontrollbefugnisse geschehen.

Ihre Betroffenenrechte

Das Datenschutzrecht gewährt Ihnen eine Reihe von Betroffenenrechten. Je nach Grund und Art der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen die folgenden Rechte zu:

• Ihr Recht auf Auskunft, Artikel 15 DS-GVO

Sie haben das Recht von uns zu erfahren, ob und – wenn ja – welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Sie haben das Recht, von uns Kopien Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Dieses Recht gilt immer. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftsrecht unter bestimmten Umständen gemäß den gesetzlichen Vorschriften (insbesondere § 9 LDSG) jedoch eingeschränkt sein kann. Nähere Informationen zum Recht auf Auskunft finden Sie hier.

• Ihr Recht auf Berichtigung, Artikel 16 DS-GVO

Sie haben das Recht von uns unverzüglich die Berichtigung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, die Sie für unrichtig halten. Sie haben auch das Recht von uns eine Vervollständigung solcher personenbezogenen Daten zu verlangen, die Sie für unvollständig halten. Dieses Recht gilt immer.

• Ihr Recht auf Löschung, Artikel 17 DS-GVO

Sie haben unter gewissen Voraussetzungen das Recht von uns die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden. Mehr dazu lesen Sie hier.

• Ihr Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Artikel 18 DS-GVO

Sie haben unter gewissen Voraussetzungen das Recht, von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

• Ihr Recht auf Widerspruch, Artikel 21 DS-GVO

Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, weil die Verarbeitung Teil unserer öffentlichen Aufgaben ist, oder wenn wir Ihre Daten auf Basis eines berechtigten Interesses verarbeiten, haben Sie das Recht, der Verarbeitung zu widersprechen. Zwingende Gründe können diesem Recht jedoch entgegenstehen.

• Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit, Artikel 20 DS-GVO

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogener Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie haben das Recht von uns zu verlangen, dass diese personenbezogenen Daten von uns direkt an einen anderen Verantwortlichen oder an eine andere Organisation übermittelt werden. Alternativ haben Sie das Recht von uns zu verlangen, dass wir Ihnen selbst die Daten in einem

maschinenlesbaren Format bereitstellen. Dies gilt jedoch nur, wenn wir Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer Einwilligung oder aufgrund eines Vertrages bzw. im Rahmen von Vertragsverhandlungen verarbeiten und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Nähere Informationen zum Recht auf Datenübertragbarkeit finden Sie hier.

• Ihr Recht auf Beschwerde, Artikel 77 DS-GVO

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde an uns wenden.

Beschwerden über uns werden genauso behandelt wie Beschwerden über andere Stellen. Informationen zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten eines Beschwerdeführers finden Sie in dem entsprechenden Abschnitt unserer Datenschutzerklärung.

Für den Fall, dass wir Ihre personenbezogenen Daten zu Strafverfolgungszwecken verarbeiten, ergeben sich Ihre Betroffenenrechte in leicht abgewandelter Form aus den Artikeln 15 ff. der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr (JI-Richtlinie).

Die Geltendmachung Ihrer Betroffenenrechte ist kostenfrei. Wenn Sie von Ihren Betroffenenrechten Gebrauch machen, haben wir grundsätzlich einen Monat Zeit, um Ihnen zu antworten, wobei diese Frist verlängert werden kann (Artikel 12 Absatz 3 DS-GVO).

• Ihre Betroffenenrechte bei der Bearbeitung grenzüberschreitender Fälle

Im Falle einer notwendigen Kommunikation mit Aufsichtsbehörden der Mitgliedsstaaten der EU wird diese unter Nutzung des durch die Europäische Kommission betriebenen Binnenmarkt-Informationssystems (IMI) durchgeführt.

Der Rechtsrahmen für IMI wurde durch die im Dezember 2012 in Kraft getretene europäische Verordnung (IMI-VO (EU) Nr. 1024/2012) geschaffen. Sie gibt Rechtssicherheit beim Umgang mit personenbezogenen Daten im IMI und ist eine wesentliche Voraussetzung für die verbindliche Anwendung datenschutzrechtlicher Grundsätze bei der Nutzung des IMI. Hierzu gehört beispielsweise der Zweckbindungsgrundsatz: Danach dürfen die an das IMI übermittelten personenbezogenen Daten nur für die Zwecke genutzt werden, für die sie übermittelt wurden (Artikel 13 IMI-VO). Hinsichtlich der Speicherfristen von personenbezogenen Daten im IMI ist grundsätzlich vorgesehen, eine Sperrung vorzunehmen, sobald die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr erforderlich sind (Artikel 14 IMI-VO). Zu Recht wird auch der Datensicherheit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Für die Gewährleistung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen ist die EU-Kommission zuständig (Art. 17 IMI-VO).

Die datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte, wie das Recht auf Information und Auskunft sowie das Recht auf Berichtigung und Löschung, finden sich in den Artikeln 18 und 19 IMI-VO.

An wen geben wir Ihre personenbezogenen Daten weiter?

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns nicht an Dritte für Zwecke des Direktmarketings weitergegeben.

Wir verwenden in einigen Fällen für technische Informations- und Kommunikationsdienste Auftragsverarbeiter. Dies können natürliche oder juristische Personen, Behörden, Einrichtungen oder andere Stellen sein, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten und uns dies als Serviceleistung zur Verfügung stellen. Wir haben Verträge mit unseren Auftragsverarbeitern geschlossen (sog. „Auftragsverarbeitungsverträge“ gemäß Artikel 28 Absatz 3 DS-GVO). Dies bedeutet, dass die Auftragsverarbeiter Ihre personenbezogenen Daten nur auf eine Art und Weise verarbeiten dürfen, zu der wir sie explizit angewiesen haben. Die Auftragsverarbeiter werden Ihre personenbezogenen Daten nur an uns und keine anderen Stellen oder Organisationen weitergeben. Sie kümmern sich zudem darum, dass notwendige technisch-organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, um Ihre Daten sicher zu verarbeiten, und speichern Ihre personenbezogenen Daten nur solange, wie wir es angewiesen haben.

Unter bestimmten Umständen sind wir im Rahmen der Aufgabenerfüllung gesetzlich verpflichtet (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DS-GVO), personenbezogene Daten zu übermitteln und mit Dritten zu teilen. Zum Beispiel im Rahmen eines Gerichtsverfahrens, oder wenn wir bei der Bearbeitung von Beschwerden oder Ermittlungen mit anderen deutschen oder europäischen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten. Empfänger können auch die öffentlichen oder nichtöffentlichen Stellen sein, gegen die sich Ihre Beschwerde richtet.

Wenn wir dazu verpflichtet sind, mit Aufsichtsbehörden der Mitgliedsstaaten der EU zu kommunizieren, wird dies unter Nutzung des durch die Europäische Kommission betriebenen Binnenmarkt-Informationssystems (IMI) durchgeführt.

Wir werden uns in jedem Fall davon überzeugen, dass Ihre personenbezogenen Daten nur dann ausgetauscht werden, wenn es hierfür eine gesetzliche Grundlage gibt. Hierzu gehört auch, dass wir unsere Entscheidungen entsprechend dokumentieren.

Links auf andere Webseiten

Wenn wir Links zu Webseiten anderer Organisationen bereitstellen, gelten die dortigen Datenschutzhinweise und -erklärungen.

Änderungen dieses Datenschutzhinweises

Wir unterziehen unseren Datenschutzhinweis einer regelmäßigen Überprüfung, um sicherzustellen, dass er aktuell und inhaltlich richtig ist.

Letzte Aktualisierung: 9. Dezember 2022

Die Versionsgeschichte können Sie hier abrufen:
https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/datenschutzhinweis-aenderungen

Informationen für Kinder

Wir selbst bieten keine direkten Dienstleistungen für Kinder an und verarbeiten auch nicht proaktiv deren personenbezogene Daten. Manchmal werden uns jedoch Informationen über Kinder bereitgestellt, während wir eine Beschwerde bearbeiten oder eine Untersuchung durchführen.

Sämtliche Informationen dieses Datenschutzhinweises gelten nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder.

Wir sind Partner des Jugendportals „Youngdata“. In diesem Portal geben wir zusammen mit anderen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie des Kantons Zürich Jugendlichen Informationen zum Datenschutz und zur Informationsfreiheit und Tipps für ein kluges Verhalten im Internet und berichten über aktuelle Digitalisierungsthemen unserer Gesellschaft.

Kontakt mit uns aufnehmen

Sie haben viele Möglichkeiten, mit uns Kontakt aufzunehmen**.** Vertiefte Informationen zu den einzelnen Kommunikationskanälen können Sie hier abrufen.

• Uns anrufen

Wenn Sie unsere Telefonzentrale (+49 711 61 55 41 0) oder unsere Mitarbeiter*innen anrufen, speichern wir Informationen zur Anruferidentifikation (Rufnummernanzeige). Wenn Ihre Telefonnummer nicht unterdrückt oder zurückgehalten wird, sehen wir also die Telefonnummer, von der aus Sie anrufen. Diese wird zusammen mit dem Anrufdatum und der Anrufuhrzeit automatisch in der Anrufliste des Zieltelefonapparates gespeichert. Den Anruf selbst zeichnen wir nicht auf. Wir speichern diese Informationen nicht länger als einen Monat.

Wir nutzen diese Informationen, um die Nachfrage nach unseren Dienstleistungen zu verstehen und unsere Arbeitsweise zu verbessern. Wir können die Nummer auch verwenden, um Sie zurückzurufen, wenn Sie uns dazu aufgefordert haben, wenn Ihr Anruf abbricht oder wenn ein Problem mit der Leitung besteht.

Wir zeichnen keine Anrufe auf, aber wir machen vielleicht Notizen, die wir später auch zu den Akten nehmen können, wenn diese relevant für ein Verfahren sind.

• Uns eine E-Mail senden

Wir verwenden PGP (Pretty Good Privacy) zum Verschlüsseln und Schützen des E-Mail-Verkehrs. Wählen Sie für die vertrauliche Kommunikation mit uns ausschließlich eine verschlüsselte Kommunikation. Wenn Sie wissen möchten, wie Sie eine verschlüsselte E-Mail-Kommunikation mit uns verwenden können, rufen Sie unsere Hinweise zur Nutzung von PGP auf. Wir überwachen auch alle an uns gesendeten E-Mails, einschließlich Dateianhänge, auf Viren oder bösartige Software auf Grundlage von § 5 Absatz 2 Nr. 2 Var. 3 LDSG.

Besucher unserer Webseite

Bei jedem Zugriff auf unser Webangebot überträgt Ihr Webbrowser Nutzungsdaten. Diese umfassen Ihre IP-Adresse sowie eine Bezeichnung der abgerufenen Inhalte (URL). Ohne die Erhebung der IP-Adresse des zugreifenden Rechners und der Bezeichnung der abgerufenen Datei ist ein Verbindungsaufbau zu dem Server und die Nutzung des entsprechenden Webangebots unmöglich. Darüber hinaus überträgt Ihr Browser – je nach Konfiguration – weitere Daten (Browsertyp, Browserversion, verwendetes Betriebssystem, Referrer-URL).

Aus Gründen der technischen Sicherheit, insbesondere zur Abwehr von Angriffsversuchen auf unseren Webserver, werden diese Daten von uns kurzzeitig gespeichert. Ein Rückschluss auf einzelne Personen ist uns anhand dieser Daten nicht möglich. Nach spätestens sieben Tagen werden die Daten durch Verkürzung der IP-Adresse auf Domain-Ebene anonymisiert, so dass es nicht mehr möglich ist, einen Bezug zum einzelnen Nutzer herzustellen. In anonymisierter Form werden die Daten daneben zu statistischen Zwecken verarbeitet; ein Abgleich mit anderen Datenbeständen oder eine Weitergabe an Dritte, auch in Auszügen, findet nicht statt. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind die Vorschriften der DS-GVO zu Aufgaben und Befugnissen der Aufsichtsbehörden in den Artikeln 57 und 58 i.V.m. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO und § 5 LDSG. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit über datenschutz- und informationsrechtliche Risiken, Garantien und Rechte ist Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Im Rahmen unseres Webangebots nutzen wir die Dienste des Informations- und Kommunikationszentrums der Universität Stuttgart (IZUS). IZUS arbeitet als unser Auftragsverarbeiter und hostet unser Webangebot. Die Daten, die über unsere Kontaktformulare der Webseite erhoben werden, werden also zunächst über die Server des IZUs verarbeitet, bevor sie in einem weiteren Schritt vom IZUS verschlüsselt an uns übermittelt werden. Das IZUs speichert keine personenbezogenen Daten auf seinen Servern, diese werden ausschließlich für den Versand an uns verwendet und anschließend gelöscht. Dies betrifft insbesondere die Konstellationen, wenn Sie unser Webformular verwenden, um online eine Beschwerde einreichen, online Ihre*n Datenschutzbeauftragte*n zu melden oder auch, wenn Sie uns online eine Datenpanne melden. Bei Abschluss des Auftragsverarbeitungsvertrages mit dem IZU haben wir besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass das IZUS Ihre Daten nur auf eine Art und Weise und zu den Zwecken verarbeitet, zu welchen wir angewiesen haben. Wenn Sie wissen wollen, wie unser Auftragsverarbeiter Daten verarbeitet, lesen Sie bitte die Datenschutzhinweise des IZUS.

Es ist Vorgabe für unsere Webseiten, dass Social-Media-Elemente von Drittanbietern nicht direkt eingebettet werden, um die Übermittlung personenbezogener Daten wie der IP-Adresse bereits beim Laden der Webseite zu verhindern. Deshalb kommen Lösungen zum Einsatz, bei denen erst nach einem bewussten Anklicken des Social-Media-Elements eine Verbindung zum Server des Drittanbieters aufgebaut und die damit verbundene Datenverarbeitung ausgelöst wird. Bitte beachten Sie, dass die dadurch ausgelöste Datenverarbeitung außerhalb des Einflussbereichs des LfDI liegt und die Datenschutzbestimmungen der Drittanbieter zu beachten sind.

Wir setzen keine Cookies ein und verwenden keinerlei Tracking-Methoden.

Besucher unserer Dienststelle

Wir empfangen während unserer Geschäftszeiten Besucher*innen in unserem Haus. Hierzu zählen neben Bürger*innen auch Amts- und Würdenträger*innen, externe Trainingsanbieter*innen, Bewerber*innen, Lieferant*innen und Handwerker*innen, Interessenvertreter*innen und Organisationen, die von uns eine Beratung wünschen.

Wenn Ihr Besuch geplant ist, teilen wir Ihren Namen und die dazugehörigen Informationen vor Ihrem Besuch unserem Empfang mit, damit Sie entsprechend zu Ihrem Ansprechpartner gebracht werden können.

Wenn Sie uns ohne Termin besuchen, informiert unser Empfang unsere*n Bürgerreferent*in. Diese*r hilft Ihnen einen Besuchstermin zu vereinbaren und vermittelt Sie bei Fragen an den/die richtige/n Mitarbeiter*in. Weitergehende Informationen zum Bürgerreferenten können Sie hier abrufen.

2. Gründe, uns zu kontaktieren

Die Gründe, uns zu kontaktieren, können vielfältig sein. Je nach Situation können hierbei personenbezogene Daten, die wir von Ihnen verarbeiten, die Rechtsgrundlage, aufgrund derer wir Ihre Daten verarbeiten, eine eventuelle Weitergabe der personenbezogenen Daten und die Dauer, für die wir Ihre personenbezogenen Daten speichern, voneinander abweichen. In dem folgenden Abschnitt finden Sie daher weitergehende Informationen zu den spezifischen Verarbeitungssituationen.

Wir können auch Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten erhalten, ohne dass Sie uns Ihre personenbezogenen Daten mitteilen. Dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn uns beispielsweise eine dritte Person einen Hinweis auf einen Datenschutzverstoß gibt, bei dem Sie als Verantwortlicher oder als Zeuge/Zeugin genannt werden. In diesem Fall werden wir Sie nach Artikel 14 DS-GVO darüber informieren, dass Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden.

Eine Beschwerde einreichen

Zu unserer gesetzlichen Aufgabe gehört es unter anderem, uns mit Beschwerden von betroffenen Personen, einer Stelle, Organisation oder eines Verbandes zu befassen (Artikel 77 DS-GVO). AbsatzWir verarbeiten die in der Beschwerde enthaltenen personenbezogenen Daten auf Basis von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO, § 4 LDSG.

Wenn der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auch auf Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g DS-GVO.

Um den Sachverhalt aufklären und Ihre Beschwerde prüfen zu können, benötigen wir Informationen von Ihnen. Daher ist bspw. unser Online-Beschwerdeformular so aufgebaut, dass wir von Ihnen die für uns relevanten Angaben abfragen. Sobald Sie bei uns Beschwerde einreichen, legen wir hierzu einen Aktenvorgang an. Unter anderem werden Ihr Name und Ihre Kontaktdaten zusätzlich in unserem elektronischen Programm zur Dokumentation des Postein- und -ausgangs bzw. der Verwaltung der Aktenhaltung gespeichert. Die jeweils zuständigen Mitarbeiter*innen verwenden Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zur Bearbeitung Ihrer Beschwerde.

Dritte haben keinen Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten, es sei denn, eine gesetzliche Vorschrift erlaubt einen solchen. Wenn sich Ihre Beschwerde gegen eine natürliche oder juristische Person, eine Behörde, Einrichtung oder andere Stelle richtet, müssen wir in der Regel Ihre Identität diesen Stellen gegenüber offenlegen.

In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Kategorien von Empfängern:

- Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder oder eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes (z.B. im Fall unserer Unzuständigkeit oder bei Verfahren der Zusammenarbeit und Kohärenz nach Artikel 60 ff. DS-GVO),
- Gerichte und Staatsanwaltschaften (z.B. bei streitigen Bußgeldverfahren),
- Öffentliche und nichtöffentliche Stellen sofern es sich hierbei um die datenverarbeitende Stelle (Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter) handelt, gegen die sich Ihre Beschwerde richtet.

Nach Eingang Ihrer Beschwerde fordern wir die jeweilige Stelle zur Stellungnahme auf. Dies bedeutet, dass wir zugleich auch von den angefragten Stellen personenbezogene Daten über Ihre Person erhalten können.

Wenn Sie nicht wollen, dass wir Ihre Identität oder Angaben, die Rückschlüsse auf Sie selbst zulassen, den jeweiligen Stellen übermitteln, versuchen wir dies zu berücksichtigen. Sie haben daher u.a. auch im Fall der Online-Beschwerde die Möglichkeit, zu verlangen, dass Ihre Identität bei Aufforderung zur Stellungnahme der verantwortlichen Stelle nicht offengelegt wird und wir Ihre Beschwerde anonym behandeln. Jedoch weisen wir darauf hin, dass es nicht immer möglich ist, eine anonyme Beschwerde sachgerecht zu bearbeiten.

Im Falle von aufsichtsbehördlichen Maßnahmen und Bußgeldverfahren nutzen wir Ihre Daten unter Umständen als Beweismittel in aufsichtsrechtlichen und gerichtlichen Verfahren.

Die für die Fallbearbeitung benötigten Daten, die wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet, es sei denn, die Unterlagen werden vom Landesarchiv übernommen (§ 14 Absatz 5 LDSG). Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung der Beschwerde abgeschlossen wird. Zeitgleich mit der Vernichtung der Unterlagen werden auch die dazugehörigen Einträge in unserem elektronischen Aktenverwaltungssystem gelöscht.

Alle Informationen über Ihre Betroffenenrechte im Rahmen der Beschwerdebearbeitung finden Sie hier: Ihre Rechte.

Bei Bearbeitung einer Beschwerde, die Sie postalisch einreichen, arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

Bei der Bearbeitung von Beschwerden, die Sie über unser Online-Beschwerdeformular in Service BW einreichen, sind wir gemeinsam mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg gemeinsam Verantwortliche im Sinne von Artikel 26 DS-GVO. Wir haben einen Vertrag über die gemeinsame Verantwortlichkeit mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg geschlossen (Artikel 26 Absatz 1 DS-GVO). Bei der Nutzung dieses Dienstes können Sie Ihre Betroffenenrechte gemäß Artikel 15 ff. DS-GVO grundsätzlich bei allen beteiligten Stellen geltend machen, also bei uns oder dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg.

Eine Anfrage stellen

Wenn Sie sich mit uns in Verbindung setzen, um eine Anfrage zu stellen, erheben wir Informationen, einschließlich Ihrer personenbezogener Daten, damit wir auf Ihre Anfrage reagieren und unsere Verpflichtungen als Aufsichtsbehörde erfüllen können.

Wir verarbeiten die in der Anfrage enthaltenen personenbezogenen Daten auf Basis von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO, § 4 LDSG.

Wenn der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auch auf Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g DS-GVO.

Wenn Sie uns anrufen, fertigen wir keine Audioaufnahme an. In der Regel benötigen wir zur Beantwortung Ihrer Anfrage keine personenbezogenen Daten von Ihnen. Unter bestimmten Umständen können wir uns jedoch Notizen machen, um Ihnen bei Bedarf einen weiteren Service zu bieten. Wenn Sie uns per E- Mail oder Post kontaktieren, benötigen wir für unsere Antwort Ihre Kontaktdaten.

Wir legen bei umfangreichen Anfragen einen Aktenvorgang in unserem Fallverwaltungssystem an, um Ihre Anfrage zu erfassen und an die zuständige Fachabteilung unseres Hauses zuleiten zu können. Ihr Name und Ihre Kontaktdaten werden zusätzlich in unserem elektronischen Programm zur Dokumentation des Postein- und -ausgangs bzw. der Verwaltung der Aktenhaltung gespeichert. Die jeweils zuständigen Mitarbeiter*innen verwenden Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zur Bearbeitung Ihrer Anfrage.

Die für die Fallbearbeitung benötigten Daten, die wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet, es sei denn, die Unterlagen werden vom Landesarchiv übernommen (§ 14 Absatz 5 LDSG). Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung der Anfrage abgeschlossen wird. Zeitgleich mit der Vernichtung der Unterlagen werden auch die dazugehörigen Einträge in unserem elektronischen Aktenverwaltungssystem gelöscht.

Alle Informationen über Ihre Betroffenenrechte im Rahmen der Bearbeitung Ihrer Anfrage finden Sie hier: Ihre Rechte.

Bei Bearbeitung Ihrer Anfrage arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

Bewerbung auf freie Stellen bei uns

Wir verarbeiten Ihre Bewerbungsdaten, um beurteilen zu können, ob Sie die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung für die Stelle, auf die Sie sich bewerben, besitzen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitungen im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Begründung eines Beamten-, Beschäftigten- oder Praktikantenverhältnisses ist § 15 Absatz 1 LDSG i.V.m. §§ 83 bis 85 des Landesbeamtengesetzes.

Wenn Ihre Bewerbungsunterlagen besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft, enthalten, stützen wir unsere Verarbeitung aufgrund unserer gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber zusätzlich auf § 15 Absatz 2 LDSG.

Wir werden die von Ihnen gemachten Angaben mit keinem Dritten teilen. Empfänger der in den Bewerbungsunterlagen enthaltenen personenbezogenen Daten sind die jeweils zuständigen Personalverantwortlichen sowie die Personalvertretungen unseres Hauses.
Wir werden Ihre Kontaktdaten ausschließlich dafür verwenden, um mit Ihnen Kontakt aufzunehmen und Sie über den Fortlauf des Bewerbungsverfahrens zu informieren.
Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Für den Fall, dass es im Anschluss an das Bewerbungsverfahren zu einem Beschäftigungsverhältnis, Ausbildungsverhältnis, Praktikum oder sonstigen Dienstverhältnis kommt, werden die Daten zunächst weiterhin gespeichert und in die Personalakte überführt.
Endet das Bewerbungsverfahren mit dem Zugang einer Absage, werden Ihre personenbezogenen Daten zwei Monate nach dem Zugang der Ablehnung gelöscht, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Wenn Sie nach Ablehnung Ihrer Bewerbung wünschen, dass wir Sie bei einem nachfolgendem Auswahlverfahren einbeziehen, speichern wir Ihre Bewerbungsunterlagen auf Basis einer Einwilligung, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a DS-GVO. Eine Einwilligung holen wir in diesem Fall gesondert von Ihnen ein.

Im Rahmen von Bewerbungsverfahren arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

Eine uns erteilte Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen. Der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie jederzeit widersprechen. Insbesondere haben Sie jederzeit die Möglichkeit, Ihre Bewerbung zurückzuziehen. Für weitergehende Informationen über Ihre Rechte, lesen Sie bitte hier: Ihre Rechte.

Pressestelle kontaktieren

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, um auf Ihre Anfragen reagieren zu können und um Ihnen die angefragten Informationen für Ihre Veröffentlichung zur Verfügung stellen zu können. Die gesetzliche Grundlage dieser Datenverarbeitungen ist unsere öffentliche Aufgabe als Aufsichtsbehörde sowie unsere gesetzliche Verpflichtung die Öffentlichkeit im Bereich des Datenschutzes zu sensibilisieren gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO und § 4 LDSG.

Um Ihre Presseanfrage beantworten zu können benötigen wir von Ihnen genügend Informationen. Wir werden daher Ihren Namen und Kontaktdaten und – falls notwendig – den Namen der Organisation, die Sie repräsentieren, aufnehmen.

Zudem verwenden wir Ihre Kontaktdaten um Ihnen Pressemitteilungen und Publikationen zukommen zu lassen, wenn Sie dies ausdrücklich wünschen. Wir verarbeiten in diesen Fällen Ihre personenbezogenen Daten auf Basis einer Einwilligung nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a DS-GVO. Sie können uns jederzeit mitteilen, dass Sie von uns keinerlei Pressemitteilungen mehr erhalten möchten. Hierfür genügt der Wiederruf der uns zuvor erteilten Einwilligung. Wir werden in diesem Fall sofort Ihren Wunsch berücksichtigen.

Alle Informationen zu Ihren Betroffenenrechten im Zusammenhang mit der Pressearbeit finden Sie hier: Ihre Rechte.

An einer Veranstaltung „Datenschutz als Kulturaufgabe“ teilnehmen

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, um die Teilnahme an Veranstaltungen zu ermöglichen und um Ihnen Informationen zu Veranstaltungen im Kulturbereich zur Verfügung stellen zu können. Die gesetzliche Grundlage dieser Datenverarbeitungen ist unsere öffentliche Aufgabe als Aufsichtsbehörde sowie unsere gesetzliche Verpflichtung die Öffentlichkeit im Bereich des Datenschutzes zu sensibilisieren gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO, § 4 LDSG.

Wir werden Ihre personenbezogenen Daten dazu verwenden, Ihnen zu antworten und sowohl die mündliche, als auch schriftliche Kommunikation mit Ihnen zu dokumentieren.

Um Ihnen Einladungen zu den Veranstaltungen zusenden zu können benötigen wir Ihren Namen und Ihre Kontaktdaten und – falls notwendig – den Namen der Organisation, die Sie repräsentieren. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Ihre Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a DS-GVO. Wenn wir sensible Daten über spezifische Ernährungsbedürfnisse - oder Zugangsbedingungen erheben, benötigen wir ebenfalls Ihre Zustimmung gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a.

Wir nutzen diese Angaben, um den Ablauf unserer Veranstaltungen planen und Ihnen einen entsprechenden Service bieten zu können. Ihre Kontaktdaten benötigen wir bei einer Anfrage für die sich anschließende Kommunikation. Wir legen bei unseren Veranstaltungen keine Teilnehmerlisten aus. Die für die Veranstaltungsorganisation benötigten Daten, die wir im Rahmen unserer Sensibilisierungstätigkeit verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach der Veranstaltung vernichtet. Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Veranstaltung stattgefunden hat.

Eine uns erteilte Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie jederzeit widersprechen. Wenn Sie dies tun, werden wir unsere Datensätze umgehend aktualisieren, um Ihre Wünsche zu berücksichtigen. Für weitergehende Informationen über Ihre Rechte, lesen Sie bitte hier: Ihre Rechte.

Bei der Planung von Veranstaltungen arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

Abonnieren unseres Newsletters

Wir verwenden Ihre personenbezogenen Daten, um Ihnen unseren Newsletters zuzusenden und Sie anlassbezogen über Schwerpunktthemen des Datenschutzes und der Informationsfreiheit zu informieren. Zudem informieren wir Sie über neue, aktualisierte Publikationen des LfDI und anstehende Veranstaltungen. Für die Übersendung des Newsletters benötigen wir ausschließlich die Angabe Ihrer E-Mail-Adresse. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Ihre Einwilligung gem. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a DS-GVO. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Wir verwenden Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich für den Versand unseres Newsletters. Nach Eintragung Ihrer E-Mail-Adresse erhalten Sie von uns eine Bestätigungsmail. Den Newsletter übersenden wir Ihnen monatlich. Ihre Daten werden für die Zeit des Abonnements in einem elektronischen Newslettersystem gespeichert.

Da wir unsere Verarbeitung auf Ihre Einwilligung stützen, bedeutet dies, dass Sie das Recht haben jederzeit Ihre Einwilligung zu widerrufen, oder einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke des Newsletter-Versands widersprechen können. Wenn Sie dies tun, werden wir Sie unverzüglich aus unserem Newsletter-Verteiler entfernen, um Ihrem Wunsch zu entsprechen. Weitergehende Informationen zu Ihren Rechten finden Sie hier: Ihre Rechte.

Wir nutzen im Rahmen unseres Webangebots das Informations- und Kommunikationszentrum der Universität Stuttgart (IZUS) als Auftragsverarbeiter. Das IZUS hostet unser Webangebot. Für weitergehende Informationen lesen Sie bitte die Datenschutzhinweise des IZUS.

Auskunft von uns verlangen

Sie haben nach Artikel 15 DS-GVO das Recht von uns Auskunft und Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten und - wenn dies zutrifft - Auskunft über diese personenbezogenen Daten zu verlangen. Um Ihnen die gewünschten Informationen geben zu können, müssen wir unseren Datenbestand durchsuchen, also Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten.

Die gesetzliche Grundlage hierfür ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DS-GVO, der eine Verarbeitung dann zulässt, wenn diese erforderlich ist, um einer rechtlichen Verpflichtung nachzukommen.

Wenn die Angaben, die Sie uns in Bezug auf Ihr Auskunftsverlangen zur Verfügung stellen, spezielle Kategorien von Daten, wie Angaben zu Gesundheit, religiöser Überzeugung oder ethnischer Herkunft enthalten, stützen wir unsere Verarbeitung zudem auch auf die Rechtsgrundlage des Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g DS-GVO.

Wenn wir von Ihnen eine Auskunftsanfrage erhalten, legen wir hierzu einen Aktenvorgang mit den Details Ihrer Anfrage an. Hierbei werden gewöhnlich Ihre Angaben und jede Information, die Sie uns gegeben haben, in Papierakten abgelegt. Ihr Name und Ihre Kontaktdaten werden zusätzlich in unserem elektronischen Programm zur Dokumentation des Postein- und -ausgangs bzw. der Verwaltung der Aktenhaltung gespeichert.

Wenn Sie eine Anfrage bezüglich Ihrer personenbezogenen Daten stellen oder im Namen einer Person handeln, die eine solche Anfrage stellt, fragen wir erforderlichenfalls nach Informationen, die uns Ihre Identität bestätigen. Wenn notwendig, fragen wir auch nach Informationen, die zeigen, dass Sie befugt sind, im Namen einer anderen Person zu handeln. Wir verwenden die uns zur Verfügung gestellten Informationen, ausschließlich um Ihre Auskunftsanfrage zu bearbeiten.

Wenn es sich bei der Anfrage um Informationen handelt, die wir von einer anderen Stelle oder einem Dritten erhalten haben, z. B. in Bezug auf eine Beschwerde, konsultieren wir routinemäßig die jeweilige Stelle oder den Dritten, um deren Meinung zur Offenlegung des Materials einzuholen.

Die für die Auskunftsanfrage benötigten Daten, die wir aufgrund unserer gesetzlichen Verpflichtung verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet, es sei denn, die Unterlagen werden vom Landesarchiv übernommen (§ 14 Absatz 5 LDSG). Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung der Auskunftsanfrage abgeschlossen wird.

Für weitergehende Informationen über Ihre Rechte, lesen Sie bitte hier: Ihre Rechte.

Bei Bearbeitung Ihres Auskunftsbegehrens arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

3. Als Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter Kontakt mit uns aufnehmen

Die DS-GVO enthält eine Vielzahl von Melde- und Mitteilungspflichten für Verantwortliche und Auftragsverarbeiter. Diese Meldungen werden von uns verarbeitet. Außerdem können Sie als Verantwortlicher von uns auch gewisse Service-Leistungen verlangen. In den folgenden Abschnitten erhalten Sie je nach Situation untergliederte Informationen hierzu.

Wir verarbeiten Namen und Kontaktdaten von Personen, die in ihrer Eigenschaft als Vertreter*in ihrer Organisationen im gesamten Unternehmen tätig sind.

- Handelt es sich dabei um Interaktionen in Bezug auf unsere Funktion als Aufsichtsbehörde, ist die Rechtsgrundlage Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO, § 4 LDSG.
- Wir gehen auch vertragliche Beziehungen in den Bereichen Dienstleistungen, Beschaffungen, Gebäudemanagement, IT-Dienste usw. ein. Hier stützen wir unsere Verarbeitung auf die gesetzliche Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DS-GVO.

Meldung von Datenpannen

Verantwortliche und Auftragsverarbeiter sind gem. Artikel 33 Absatz 1, 2 DS-GVO verpflichtet, der Aufsichtsbehörde unverzüglich und möglichst binnen 72 Stunden Datenpannen zu melden, wenn durch einen Vorfall ein Risiko für die Rechte betroffener Personen entstanden ist.

Wir verarbeiten die im Rahmen der Meldung erhobenen personenbezogenen Daten aufgrund unserer gesetzlichen Verpflichtung als Aufsichtsbehörde (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DS-GVO, § 25 LDSG) und zur weiteren Bearbeitung der Meldung sowie zur Prüfung, ob betroffene Personen nach Artikel 34 Absatz 1 DS-GVO über die Verletzung zu benachrichtigen sind.

Wir nutzen die gesammelten Daten um die Datenpanne zu dokumentieren, um Entscheidungen darüber zu treffen, welche Maßnahmen wir ergreifen werden, um Sie für weitere Angaben zu kontaktieren und um Sie über alle Maßnahmen, die wir getroffen haben, zu informieren.

Die für die Fallbearbeitung benötigten Daten, die wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet, es sei denn, die Unterlagen werden vom Landesarchiv übernommen (§ 14 Absatz 5 LDSG). Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung der Datenpanne abgeschlossen wird. Zeitgleich mit der Vernichtung der Unterlagen werden auch die dazugehörigen Einträge in unserem elektronischen Aktenverwaltungssystem gelöscht.

Alle Informationen über Ihre Rechte im Rahmen der Bearbeitung von Datenpannenmeldungen finden Sie hier: Ihre Rechte.

Bei Meldung Ihrer Datenpanne arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen. Anderes gilt, wenn Sie Ihre Meldung per Online-Meldeformular einreichen. Informationen hierzu finden Sie hier.

Meldung von Datenschutzbeauftragten

Verantwortliche und Auftragsverarbeiter sind gemäß Artikel 37 Absatz 7 DS-GVO dazu verpflichtet, uns als Aufsichtsbehörde die Kontaktdaten ihrer/ihres bestellten Datenschutzbeauftragten mitzuteilen.

Es gibt mehrere Wege uns den Datenschutzbeauftragten mitzuteilen, unter anderem per Telefon, E-Mail, per Briefpost oder auch über das Onlineformular auf unserer Webseite.

Wir verarbeiten die im Rahmen der Meldung von Datenschutzbeauftragten enthaltenen personenbezogenen Daten allein zum Zweck der Führung eines Registers der Datenschutzbeauftragten im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrages und für eine Kontaktaufnahme im Bedarfsfall. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind die Vorschriften zu Aufgaben und Befugnissen der Aufsichtsbehörden aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DS-GVO.

Innerhalb des Online-Formulars haben wir freiwillige, also optionale, Angaben mit einem „*“ gekennzeichnet. Hierzu zählt u.a. die Angabe einer Kontaktperson der meldenden Stelle. Die Erhebung optionaler Angaben dient allein dem Zweck, uns Nachfragen bzgl. der im Meldeformular gemachten Angaben zu ermöglichen. Sie werden also lediglich für den Fall von Rückfragen verarbeitet. Haben wir keinerlei Nachfrage, werden die optionalen Angaben nach der Bearbeitung der Meldung gelöscht.
In allen anderen Fällen löschen wir Ihre Daten, wenn Sie sich formlos abmelden, wenn uns seitens des Verantwortlichen mitgeteilt wird, dass sich in der Person des Datenschutzbeauftragten Änderungen ergeben haben oder wenn uns bekannt wird, dass das entsprechende Unternehmen nicht mehr existiert.

Für Informationen über Ihre Rechte finden Sie hier: Ihre Rechte.

Wenn Sie uns Ihre*n Datenschutzbeauftragte*n melden, arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen. Anderes gilt, wenn Sie Ihre Meldung per Online-Meldeformular einreichen. Informationen hierzu finden Sie hier.

Kontroll- und Beratungsbesuche

Wir verarbeiten im Rahmen von Kontroll- und Beratungsbesuchen personenbezogene Daten, um relevante Ansprechpartner in Ihrer Organisation zu haben und um Ihnen das Ergebnis unseres Besuchs mitzuteilen.

Die Rechtsgrundlage, auf die wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stützen, ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO, § 4 LDSG. Hiernach dürfen wir personenbezogene Daten verarbeiten, wenn dies zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgaben als Aufsichtsbehörde erforderlich ist.

Wenn wir einen Kontroll- oder Beratungsbesuch durchführen, nehmen wir den Namen und die Kontaktdaten des Hauptansprechpartners Ihrer Organisation auf. Hierbei kann es vorkommen, dass wir während des Besuchs auch personenbezogene Daten anderer Mitarbeiter aufnehmen.

Wir verwenden die gesammelten Daten, um den Kontroll-/Beratungsbesuch durchzuführen und die zuvor von Ihnen gemachten Angaben zu überprüfen.

Die für die Fallbearbeitung benötigten Daten, die wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet, es sei denn, die Unterlagen werden vom Landesarchiv übernommen (§ 14 Absatz 5 LDSG). Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung der Beschwerde abgeschlossen wird.

Alle Informationen über Ihre Betroffenenrechte im Rahmen der Datenverarbeitung bei Vor-Ort-Besuchen finden Sie hier: Ihre Rechte.

Bei Kontroll- und Beratungsbesuchen arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

Datenschutz-Folgenabschätzung zur Konsultation vorlegen

Der Verantwortliche ist nach Artikel 36 Absatz 1-3 DS-GVO verpflichtet, die Aufsichtsbehörde vor einer hochriskanten Verarbeitung zu konsultieren. Dies bedeutet, dass Sie Ihre Datenschutz-Folgenabschätzung (DS-FA) an uns als Aufsichtsbehörde übermitteln müssen, wenn nach durchgeführter DS-FA die Verarbeitung noch immer ein hohes Risiko zur Folge hätte und die Risiken der geplanten Verarbeitung nicht erfolgreich eingedämmt werden können. Bei einer solchen sogenannten vorherigen Konsultation verarbeiten wir u.a. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen.

Wir verarbeiten diese Informationen, um überprüfen zu können, ob die von Ihnen zur vorherigen Konsultation vorgelegte DS-FA und die geplanten Verarbeitungen im Einklang mit der DS-GVO stehen und um Ihnen entsprechend antworten zu können. Wir stützen unsere Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO, da diese zur Erfüllung unserer Pflichten und öffentlichen Aufgabe als Aufsichtsbehörde erforderlich ist.

Wir verwenden die übermittelten Daten, um die DS-FA zu dokumentieren und um Entscheidungen über die Verarbeitung zu treffen. Hierbei kann es vorkommen, dass wir Sie kontaktieren, um weitere Informationen zu erhalten und um Sie über das Ergebnis der Konsultation zu informieren.
Daten, die wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit verarbeiten, werden in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet, es sei denn, die Unterlagen werden vom Landesarchiv übernommen (§ 14 Absatz 5 LDSG). Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung der vorherigen Konsultation abgeschlossen wird.

Alle Informationen über Ihre Betroffenenrechte im Rahmen der Konsultation bei einer DS-FA finden Sie hier: Ihre Rechte.

Im Rahmen der vorherigen Konsultation arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.

Binding Corporate Rules zur Genehmigung einreichen

Wenn Sie bei uns Binding Corporate Rules (BCRs), also verbindliche interne Datenschutzvorschriften, zur Genehmigung gem. Artikel 47 Absatz 1 DS-GVO einreichen, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um einen Ansprechpartner und eine Kontaktstelle in Ihrer Organisation zu haben und um Ihnen das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens mitzuteilen.

Wir stützen unsere Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO. Diese Vorschrift ermöglicht es uns, personenbezogene Daten zu verarbeiten, wenn dies zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgaben als Aufsichtsbehörde erforderlich ist.

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten, um den BCR-Antrag zu bewerten, um die nationale Genehmigung ausstellen zu können und um zu dokumentieren, welche Informationen uns hierfür bereitgestellt worden sind.

Wir speichern die finalisierten Binding Corporate Rules für die Dauer von drei Jahren. Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Vereinbarung der BCRs abgeschlossen wurde.

Alle Informationen über Ihre Betroffenenrechte im Rahmen einer BCR-Genehmigung finden Sie hier: Ihre Rechte.

Im Rahmen der Genehmigung von BCRs arbeiten wir nicht mit Auftragsverarbeitern zusammen.